

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1914

8.2.1914 (No. 38)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 38

Sonntag, den 8. Februar 1914

157. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anschluß Nr. 951, 952, 953, 954), wofürst auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einrückungsgebühr: die 6mal gepaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 17. Januar 1914 gnädigt bewegen gefunden, dem Telegraphendirektor Poliza in Emden das Ritterkreuz I. Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 29. Januar 1914 gnädigt bewegen gefunden, dem Polizeikommissar Ludwig Balles in Mastatt das Ritterkreuz II. Klasse Höchstihres Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 5. Februar 1914 den Polizeikommissar Ludwig Balles beim Bezirksamt Mastatt auf sein Ansuchen wegen vorgerückten Alters unter Anerkennung seiner langjährigen treu geleisteten Dienste in den Ruhestand versetzt.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewegen gefunden, dem Hofkaplan Anton Desterle in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen der ihm verliehenen königlich preussischen Kronenorden-Medaille zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigt bewegen gefunden, dem technischen Direktor der Kaiserlichen Tabakmanufaktur in Straßburg i. El. Julius Kaiser die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen Ritterkreuzes I. Klasse, des königlich württembergischen Friedrichsordens und dem Prokuristen der Manufaktur Ludwig Hofmann die gleiche Erlaubnis für das Ritterkreuz II. Klasse desselben Ordens zu erteilen.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat versetzt:
unterm 27. Januar 1914:
den Finanzsekretär Joseph Muxler in Mastatt nach Pforzheim;

unterm 28. Januar 1914:
den Revisor Anton Kuth bei der Großh. Zoll- und Steuerdirektion zum Hauptsteueramt Karlsruhe unter Ernennung zum Finanzsekretär;

die Finanzsekretäre: Joseph Keller in Karlsruhe nach Heidelberg, Joseph Krenker in Heidelberg nach Mosbach, Otto Kilian in Mosbach nach Karlsruhe.

Das Badische Staatsschulbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4prozentige Buchschulden beträgt bis auf weiteres 97.60 M. für 100 M. Buchschuld.

Karlsruhe, den 7. Februar 1914.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

(Fortsetzung des „Staatsanzeigers“ im 2. Blatt.)

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 7. Februar.

* Politische Auseinandersetzungen im badischen Landtag.

In der verflochtenen Woche beendete die Zweite Kammer des badischen Landtags die Generaldebatte zum Voranschlag des Ministeriums des Innern. Die Beratungen gewannen dadurch hohe politische Bedeutung, daß der Minister des Innern, Freiherr von Bodman, mehrfach das Wort ergriff, um seine und die Stellung der Regierung zu den Parteien nochmals eingehend darzulegen. Veranlaßt wurden die Reden des Ministers einmal durch den Angriff eines sozialdemokratischen Redners auf die Antiproportionalität der Regierung, dann durch einen Artikel im Hauptorgan der national-liberalen Partei, in welchem dem Minister vorgeworfen wurde, er habe aus Rücksicht auf die bei den letzten Wahlen stark angewachsene Zentrumsparthei, deren Stellung

zum Proportionalwahlrecht neuerdings bekanntlich eine sehr zurückhaltende ist, die Einführung dieses Wahlrechts in Baden abgelehnt und er habe damit einen Mangel an Mut bewiesen. Es ist durchaus begrifflich, daß der Minister angesichts solcher Angriffe die Gelegenheit nicht verjämte, um sie zu widerlegen und dabei nochmals seine politische Auffassung kundzutun. Daß sich diese Entgegnung zu einer Kritik an dem Verhalten der meisten Parteien entwickeln würde, mußte für den, der die politischen Verhältnisse in Baden kennt, selbstverständlich erscheinen. Daß dann ferner diese Kritik eine wenn auch in der Form konziliante, so doch sachlich sehr deutliche und offenherzige wurde, kann im Interesse der Klärung der allgemeinen politischen Situation nur begrüßt werden. Blätter, wie der „Mannheimer Generalanzeiger“ und das „Heidelberg Tagblatt“, sind denn auch ehrlich und gerecht genug, diese Offenheit des Ministers mit Wärme anzuerkennen.

Was ist nun die politische Quintessenz der mehrfachen Reden des Ministers? Ausgehend von der nochmals mit allem Nachdruck und mit aller Entschiedenheit betonten Tatsache, daß die Regierung ihre Stellung gegen das Proportionalwahlrecht schon vor den Wahlen, also ohne jede Rücksicht auf irgend eine Partei, eingenommen hat, gelangte der Minister in der Großblockfrage zu einer unumwundenen Verurteilung dieses parteipolitischen Wahlabkommens. Ferner sah sich Herr von Bodman in Würdigung der Beweggründe dieses Abkommens veranlaßt, der größten Partei auf der anderen Seite des Hauses, dem Zentrum, zu bedenken, daß ein Anwachsen ihrer Partei eine Gefahr für die weitere freiheitliche Entwicklung des Landes bedeuten könne.

Der Grund, warum der Minister den Großblock verurteilt, liegt in der politischen Haltung der sozialdemokratischen Partei. In eingehenden Darlegungen, gestützt auf die schlagendsten Beweise, hatte der Minister von neuem die Tatsache unterstrichen, daß die Sozialdemokratie in politischer und kultureller Hinsicht Ziele verfolgt, deren Verwirklichung die Zertrümmerung des monarchisch-nationalen Staates und eine vollständige Umwälzung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung bedeutet. Ein Wahlabkommen nun, das monarchisch und vaterländisch gesinnte, von staatserkhaltenden Grundsätzen besetzte Männer dazu zwingt, ihre Stimme dem Vertreter einer solchen Partei zu geben, muß selbstverständlich von dem Minister eines monarchisch-nationalen Staates sehr scharf mißbilligt werden. Und der Minister des Innern hat dieses Wahlabkommen stets mißbilligt und mißbilligt es auch heute noch. Mit guten Gründen hält er jene Stimmenabgabe für einen Sozialdemokraten für widersinnig und für gefährlich. Und zwar deshalb, weil ein Teil der liberalen Wähler, die die Großblocktaktik nicht mitmachen wollen, zu den Parteien der Rechten übergehen, und ein anderer Teil der liberalen Wähler der Sozialdemokratie zuläuft, da ja unter der Herrschaft des Großblocks sich die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie verwischen und so die Gefährlichkeit dieser Partei verschleiert wird. Es ist also zu befürchten, daß die liberalen Mittelparteien auf diese Weise zerrieben werden, und daß schließlich ein Zustand erreicht wird, der doch gewiß als bedauerlich bezeichnet werden kann, nämlich der, daß wir in Baden nur noch zwei Parteien haben, Zentrum und Sozialdemokratie. Mit Recht weist der Minister weiter darauf hin, daß bei einem Bündnis zwischen radikalen und gemäßigten Parteien stets die radikalen, in diesem Falle also die Sozialdemokraten, die Oberhand gewinnen.

Bekanntlich der Minister sonach als Gegner der Großblockpolitik, so ist er doch gerecht genug, die Motive, die insbesondere die Nationalliberalen beim Abschluß eines Großblockwahlabkommens bestimmten, Motive, die auf der Gefahr eines zu starken Anwachsens der Zentrumsparthei beruhen, zu verstehen. Aber er hält den Weg, auf dem man dieser Gefahr entgegen will, nicht für den einzig möglichen und nicht für den richtigen. Der Minister empfiehlt statt jenes Weges den Kampf nach zwei Fronten, also ein selbständiges Vorgehen der Nationalliberalen, so daß also eigene Organisation und eigene Arbeit den Wahlerfolg herbeiführen helfen.

Was aber die Arbeit des Großblocks in Landtage anbetrifft, so erkennt der Minister an, daß die Linke einschließlich der Sozialdemokratie nützliche Arbeit zum Wohle des Landes geleistet habe. Aber er verwahrt sich dagegen, daß er einseitig nur mit dieser Linken arbeiten soll. Immer hat er mit allen Parteien gearbeitet. Gewiß ist der Minister ein liberaler Mann, aber dies schließt nicht aus, daß er seine Stellung über den Parteien nimmt. Sonach sind die von Zentrumsseite gegen ihn gerichteten Angriffe, er habe seine sachlichen Entscheidungen von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei abhängig gemacht, vollkommen hinfällig und bedeuten allerdings, wie der Minister betonte, eine schwere Verletzung seiner Ehre. Anzuerkennen ist, daß in der späteren Debatte von dem Redner des Zentrums die Erklärung abgegeben wurde, seine Fraktion habe diesen Vorwurf nie gegen den Minister erhoben; sei er einmal in der Öffentlichkeit oder Presse erhoben worden, so lehne die Zentrumsfraktion die Verantwortung dafür ab.

Wenn der Minister sagt, er stehe über den Parteien, schließt das nicht aus, daß er den Bestrebungen einer Partei, die gegen das Staatswohl gerichtet sind, entgegentritt. Und das sind die Bestrebungen der Sozialdemokratie. Und wenn auch die positive Arbeit, die die Sozialdemokratie in der Kammer leistet, an sich anzuerkennen ist, so sind doch die politischen Endziele, die auch die badischen Sozialdemokraten verfolgen, nämlich die Bekämpfung des modernen Staates, die Beseitigung der Monarchie, die Herrschaft, nicht nur die Befreiung des vierten Standes, danach angetan, jene positive Arbeit in einem anderen Licht erscheinen zu lassen. Aus dieser ganzen Stellung des Ministers zur Sozialdemokratie erklärt es sich, daß er nach wie vor Sozialdemokraten nicht zu Bezirksräten ernannt. Und es erklärt sich, wenn er seine gegen die Sozialdemokratie gerichteten, eingehenden Ausführungen mit dem Satz schloß, er gebe sich im Gegensatz zu der optimistischen Auffassung sozialdemokratischer Redner nicht der Hoffnung hin, daß sich die Sozialdemokratie durchsetzen werde, sondern er hoffe, daß sie überwunden werden wird durch Gerechtigkeit und durch den gesunden Sinn des Volkes, wenn sie aber die Bahn des Gesetzes verläßt, durch die Machtmittel des Staates.

Wie vorauszu sehen war, hatte die Bemerkung des Ministers über die Gefahr, die ein weiteres Anwachsen des Zentrums mit sich bringen könne, Entgegnungen dieser Partei hervorgerufen. Auf die Frage, worin denn diese Gefahr bestehe, erwiderte Freiherr von Bodman, er erblicke sie in der fortschreitenden konfessionellen Absonderung, ferner in dem Anspruch des Zentrums, daß jeder Katholik Angehöriger der Zentrumsparthei sein müsse, wenn er nicht sein ewiges Seelenheil gefährden wolle, und in der politischen Herrschaft, die die Geistlichkeit, dank jenem Anspruch immer mehr und mehr über unsere Be-

völkung gewinnt. Der Minister möchte unser Volk wahr, frei und selbständig sehen, und damit erscheint es ihm nicht vereinbar, was in der Wahlbewegung und in der politischen Betätigung der katholischen Geistlichen vielfach hervortritt. Es ist deshalb die Mahnung nur zu berechtigt, daß auch die Geistlichen sich eine gewisse Zurückhaltung im politischen Kampfe auferlegen sollen; die Geistlichen werden jedenfalls bessere Hüter der Seelen sein und ihr segensreiches Amt mit größerem Erfolge ausüben, wenn sie sich in politischen Dingen mehr zurückhalten. Von Zentrumsseite wurden diese Ausführungen bekämpft. Doch hatte der Minister keine Veranlassung, irgend etwas von dem Gesagten zurückzunehmen. Die Generaldebatte erreichte am Donnerstag ihr Ende.

* Innerpolitische Wochenrückblicke.

Personalfragen.

Die Neubesezung der höchsten Beamtenstellen in Elsaß-Lothringen ist noch nicht abgeschlossen. Die bereits erfolgte Berufung des Grafen von Rödern an die Spitze des Staatssekretariats und der Abteilung des Innern, sowie des Frhr. v. Stein an die Spitze der Landwirtschaft und der öffentlichen Arbeiten ist augenscheinlich nicht nach politischen Rücksichten, sondern nach Beamtenfähigkeiten erfolgt. Der Unterstaatssekretär Frhr. v. Stein ist mit dem Weinbau, diesem wichtigsten landwirtschaftlichen Zweige Elsaß-Lothringens, beruflich vertraut und für Graf von Rödern sprach die ihm zugeschriebene Verwaltungsgabe. So sind von ihrer Seite die Vorbedingungen für ein ersprießliches Wirken zugunsten des Landes und des Reiches gegeben.

Die Frage nach dem künftigen Statthalter ist für die Öffentlichkeit noch nicht beantwortet. Man hat vielfach an den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gedacht. Es liegt aber doch wohl kein anderer Anlaß vor, diesen mit Elsaß-Lothringen in Verbindung zu bringen, als sein Interesse für die Entwicklung des Landes. Dieses Interesse ist gleichmäßig warm gewesen und andauernd in die Erscheinung getreten, wird aber durch die Berufungsaufgabe, die er als Reichskanzler gegenüber dem Reichslande hat, zur Genüge erklärt. Es liegen überhaupt keine Anzeichen vor, daß mit einem Wechsel im Reichskanzleramt zu rechnen ist. Der Kaiser verjümt nicht, sein fortdauerndes volles Vertrauen zum Kanzler auszudrücken. Seine häufigen Besuche in den Räumen des Kanzlerhauses und des Auswärtigen Amtes zeugen von der engen persönlichen Fühlung in der Leitung der Geschäfte. Der Kanzler seinerseits gibt nicht den Wunsch kund, nach dem Elsaß zu gehen oder überhaupt seinen Posten zu verlassen.

Der Kampf um die christlichen Gewerkschaften.

Der Fürstbischof von Breslau, Kardinal Kopp, war durch seinen Rücktritt von der duldsamen Auffassung gegenüber den konfessionell gemischten Gewerkschaften in Gegensatz zu dem Bischofe Schulte von Paderborn und dem Erzbischofe Hartmann von Köln gekommen. Dieser Gegensatz war auffällig, doppelt im Zusammenhang mit Bestrebungen, die Autorität des Episkopats zu stützen und zu stärken. Es zeigte sich alsbald, daß Kardinal Kopp auch noch zu einem anderen Kirchenfürsten in Widerspruch geraten war, nämlich zu dem Kardinal Ropp selbst. Er hat nun Gelegenheit gehabt, sich seine früheren Kundgebungen ins Gedächtnis zurückzurufen, und ist zu dem Ergebnis gekommen, daß er ohne Widerruf aus den Widersprüchen nicht herauskomme. Er hat sich in diesem Widerstreite zu den Handlungen bekannt, die er im amtlichen und kollegialen Verkehr mit seinen hohen Amtsgenossen vollführt hatte. Ausdrücklich zurückgezogen hat er freilich nicht die letzte, den christlichen Gewerkschaften feindliche Kundgebung, die die Form eines privaten, aber zur Veröffentlichung bestimmten Briefes an den Reichstagsabgeordneten Grafen Oppersdorf an sich trug. Aus diesen Forderungen und Wirrungen dürfte zu entnehmen sein, daß die christlichen Gewerkschaften als eine von der geistlichen Obrigkeit zugelassene Organisation der katholischen Arbeiter einstweilen bestehen bleiben werde. Sie sind in der Autorität der deutschen Bischöfe zu fest verankert, als daß sie bei Lebzeiten der jetzigen Bischofsgeneration weggeführt werden könnten. Die tatsächliche und von dem Urheber, Grafen Oppersdorf, kaum erwartete Wirkung des Zwischenfalls dürfte sein, daß die maßgebenden Stellen der Kirche sich von den Gegnern der Gewerkschaften, die in der letzten Sache eine so unglückliche Hand gezeigt haben, erst recht fernhalten.

Reichstag und parteipolitische Lage.

Der Reichstag hat die allgemeine Aussprache zum Reichsamt des Innern zu Ende geführt. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik sind dabei wieder von den Abgeordneten und vom Regierungstische ausführlich erörtert worden. Erst am 6. Februar, als das Haus bereits in die Einzelberatung eingetreten war, wurde über einige Entschlüsse abgestimmt. Darunter befanden sich diejenigen über den Schutz der Arbeitswilligen. Um die parteipolitische Bedeutung dieser Frage zu erkennen, muß man sich erinnern, daß der Industrie die Absicht zugeschrieben wird, sich denjenigen von denjenigen Parteien loszusagen, bei denen sie für sich und die wirtschaftsfriedlichen Arbeiter in dieser Frage nicht Verständnis und Schutz findet. Ob nun von einer Stelle, die berechtigt

ist, im Namen der Industrie zu sprechen, eine solche Willensmeinung kundgegeben worden ist oder nicht, jedenfalls wird an diese Willensmeinung geglaubt. Die Abstimmung über die konservative Resolution gegen Mißbrauch des Koalitionsrechts, insbesondere gegen das Streikverbot, zeigte nun gegenüber der vormaligen Abstimmung über diesen Gegenstand noch keine Veränderung. Außer der Rechten des Hauses stimmten für den Antrag nur ganz wenige nationalliberale Abgeordnete; laut dem Berichte eines Berliner Blattes waren es Meyer-Gelle, Straß und der wildnationalliberale Dr. Becker-Gessen. Bei anderen Abstimmungen hielten aber die Konservativen und Nationalliberalen zusammen. Das Organ der Nationalliberalen, also des den Konservativen am freundschaftlichsten gesinnten Flügels, war es gewesen, das den Konservativen einen Vorwurf gemacht hatte, weil sie bei der Abstimmung über die an die Bahner Angelegenheit geknüpften Anträge für den maßvollen nationalliberalen Antrag (der darum ersuchte, das Ergebnis der Prüfung der Dienstvorschrift dem Hause mitzuteilen) nicht mitgestimmt und sich so isoliert hätten. Die Konservativen blieben jetzt nicht in der Isolierung, sondern stimmten für den nationalliberalen Antrag, der eine Reihe von Fragen in der über das Koalitionsrecht zugefügten Denkschrift der Regierung beantwortet zu sehen wünsche. Allerdings bildet diese konservativ-nationalliberale Koalition nur eine Minderheit des Hauses. Sie bestand auch für die Abstimmungen zu dem Reichsvereinsgesetz, diese Schöpfung aus der Zeit des Bülowsblodes. Die Fortschrittler, die an jenem Blode ebenfalls teilgenommen hatten, traten zum Teil auf die Seite von Abänderungswünschen hinüber, wenn sie auch das Werk als Ganzes und ihre Vaterchaft nicht verleugneten.

Reichstag.

(Vergl. den getrigen Drahtbericht.)

* Berlin, 6. Febr. In der weiteren Etatsberatung behauptet Abg. Mollenhuth (Soz.) trotz der Entgegnung des Geheimrats Kurig, daß eine Verschönerung zugunsten der Hinterbliebenen (73 Prozent) zu Ungunsten der Invaliden eingetreten sei, den Arbeiterwitwen und -Waisen gebräuchliches Anrecht.

Bei dem Titel „Aufwandsentschädigung an Familien eingezogener Reservisten usw.“ fordert die Kommission Erhöhung des Titels auf 7½ Millionen Mark. Dafür treten ein die Abg. Rauch (Soz.) und Erberger (Zentr.). Letzterer fordert baldigen Erlaß von Ausführungsbestimmungen.

Direktor Dr. Lewald erklärt, diese seien in Vorbereitung und würden möglichst einfach gehalten. Die Vorlegung einer Novelle über die Entschädigung für Friedensübungen ist schwierig wegen der Erhöhung der ortsüblichen Löhne.

Abg. Erberger fordert Entschädigung auch für die Dienstzeit in der Schutztruppe.

Direktor Lewald erklärt diese für gerechtfertigt, wenn es sich aber um Farmer handele, käme der Landesetat von Südwestafrika in Frage.

Beim Titel „Aufwendungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbes“ fordern Dahlem (Zentr.) und Baffermann (natl.) Regelung der Nacht- und Sonntagsruhe im Rheinischschiffahrtsgewerbe. Direktor Caspar sagt dies zu.

Abg. Bender-Bernburg (Soz.): Wir müssen endlich die Nacht- und Sonntagsruhe für das Binnenhandelsgewerbe bekommen.

Beim nächsten Titel fordert Abg. Wallenborn (Zentr.) Unterstützung des deutschen Komologentereins und ebenso Förderung des deutschen Weinbaues. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel „Reichskommissariate“, Titel Reichsschulkommission begründet ein Fortschrittler eine Resolution, die Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt auszubauen zum Studium des ausländischen Schulwesens und als Anregung und Beratungsstelle des gesamten Schulwesens. Abg. Neuberger geht dann auf die Schulverhältnisse Medlenburgs ein.

Abg. Drtmann erklärt, seine Partei lehne die sozialdemokratische Resolution auf Schaffung eines selbständigen Reichsamts für das Schul- und Bildungswesen ab. Wichtig wäre es, ein Schulmuseum für das ganze Reich zu schaffen. Dem freisinnigen Antrag würden sie beitreten. Die Aufhebung des Einjährig-Freiwilligen würde eine kleine Abänderung von den höheren Schulen, dagegen aber eine Steigerung der Militärlasten bringen.

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) fordert Beseitigung des Einjährig-Freiwilligeninstituts. Die fortschrittliche Resolution sei zu gäbhaft. Wir verlangen in unserer Resolution einen Gesetzesentwurf, durch den die Reichsschulkommission in eine selbständige Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen des Deutschen Reiches umgewandelt wird.

Abg. Marx (Zentr.) spricht sich gegen die Resolutionen aus und fordert eine Reform der Einjährig-Freiwilligenberechtigung.

Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Kerstenschneider (Sp.) und Schulz-Erfurt (Soz.) wird der Titel bewilligt und die Resolution der Sozialdemokraten abgelehnt, dagegen die der Freisinnigen mit geringer Mehrheit angenommen. Beim Kapitel „Bundesamt für das Heimatwesen“ wünscht Abg. Schifferer-Magdeburg (natl.) den Ausbau des Bundesamts zu einem Reichsamt für das Heimat- und Finanzwesen behufs Übernahme der letztinstanzlichen Entscheidungen bei Reichsstreitigkeiten aus dem Wehrbeitragsgesetz und bittet um Annahme einer dahingehenden Resolution seiner Partei.

Abg. Graf v. Hartz (kons.): Die Behörde, die mit dieser Resolution gedacht ist, würde sich zu einem Reichsüberwachungsamt ausbauen. Diesem Gedanken muß ich aber entgegenstellen.

Abg. Dove (fortsch. Sp.) tritt für diese Resolution ein, ebenso Abg. Dr. Frank-Mannheim, während Abg. Erberger (Zentr.) gegen den Antrag stimmt. Damit schließt die Debatte. Die Resolution der Nationalliberalen wird angenommen. Eine Reihe weiterer Titel wird ohne Debatte erledigt und dann die Weiterberatung auf Samstag 12 Uhr vertagt. Schluß gegen 7 Uhr.

* Berlin, 6. Febr. In der Budgetkommission des Reichstags betonte Staatssekretär von Tirpitz bei Besprechung des Budgets, daß die Marine eine Reichseinkaufsstelle sei und großen Wert auf gleichmäßige Veranzierung aller deutschen Landesteile zu den Ma-

rienlieferungen lege. Gegenüber einem Hinweis von sozialdemokratischer Seite auf den Krupp-Prozess und gegenüber der Behauptung, daß von einer Magdeburger Firma Schmiergelder an Vertretter gezahlt worden seien, erwiderte der Staatssekretär, daß, sobald ein konkreter Fall vorliege, er mit aller Schärfe verfolgt werde. Über den Magdeburger Fall sei er noch nicht unterrichtet. Aus Anlaß des Krupp-Prozesses sei gegen zwei mittlere Beamte ein Verfahren eingeleitet worden, doch handle es sich nur um nicht genügende Disziplin. Alle übrigen Beamten in der Marine schieben aus der Angelegenheit vollständig aus. Weiterhin erklärte der Staatssekretär, daß die Marineverwaltung niemals einer Firma nahe gelegt habe, einen verabschiedeten Offizier der Marine als Vertreter einzustellen. Im Gegenteil, er werde nicht angenehm empfunden, wenn die Beziehungen durch frühere Marineoffiziere vermittelt würden.

Berlin, 6. Febr. In der heutigen Sitzung der Kommission des Reichstags zur Vorbereitung des Entwurfs über den Verkehr mit Leuchttürmen legte der Staatssekretär des Reichsschatzamts die Stellungnahme der Regierung zu den Kommissionsbeschlüssen dar. Die Regierung sei gegen die Errichtung einer Aktiengesellschaft, in der der Reichsanwalt die Mehrheit der Stimmen hätte. Eine solche Gesellschaft würde nicht lebensfähig sein. Eher könne man daran denken, das Statut der Reichsbank nachzubilden mit einem unter Leitung des Reichsanwalters stehenden Direktorium und einem Kuratorium, das Mitglieder des Bundesrates, des Reichstages, sowie Vertreter von Handel und Gewerbe enthalte. Die Regierung halte es für zweckmäßig, daß die Anteilhaber eine feste Vorzugsdividende erhalten. Eine Vermehrung des Gewinnes müßte von einer Preisberatschung des Reichs abhängig gemacht werden. Die Regierung lege großen Wert darauf, den Interessen der deutschen Industrien gerecht zu werden. Zum Schluß sagte der Staatssekretär zu, der Kommission noch vor ihrer nächsten Sitzung, die voraussichtlich nächste Woche stattfinden wird, ausführliche Mitteilungen über die vorliegende Frage und das Interesse der Militärverwaltung an der Benzinversorgung zu machen.

Politische Übersicht.

Die Jubelfeier in Schleswig.

Der zweite Tag der Gedenkfeier der Befreiung Schlesiens vor 50 Jahren wurde durch eine Revue eingeleitet. Um 10 Uhr vormittags begann im Dom ein Festgottesdienst unter Mitwirkung des Schleswiger Domchors. Die Festpredigt hielt Pfarrer Stolzenberg. Zu der kirchlichen Feier wurden alle hier anwesenden deutschen und österreichischen Kriegsveteranen des Feldzuges von 1864 in geschmückten Wagen von ihren Wohnungen abgeholt. Dichte Menschenmassen hielten die zum Dom führenden Straßen besetzt. Nach dem Festgottesdienste ordnete sich am Dom der Festzug. Das Musikkorps des Infanterieregiments 84 eröffnete den Zug. Dann folgten die Gesangsvereine, die Wagen mit den Ehrengästen, die Veteranen, Vertreter der Behörden zahlreicher schleswig-holsteinischer Städte, Offiziere, Vereine, Mannungen, Abordnungen der Kieler Studentenschaft, der Kieler und Schleswiger Turner usw. Insgesamt wies der Zug über 100 Fahnen auf. Als man auf dem Plage anlangte, wo sich das Denkmal der Befreiung auf dem Hügel erhebt, leitete ein Gesang der vereinigten Schleswiger Gesangsvereine die Enthüllungsfestfeier ein. Pastor Lorenzen hielt die Weiherede. Dann wurde das Denkmal enthüllt. Der Gesang: „Die Himmel rühmen den Ewigen Ehre“ schloß die eindrucksvolle Feier. Das Denkmal besteht aus einem etwa 3,50 Meter hohen Findling, der sich auf einer Terrasse aus schwedischem Granit erhebt. Der Stein trägt in Runenschrift die Inschrift: „Diesen Stein setzten Schleswiger Bürger in dankbarer Erinnerung an den 6. Februar 1864, am 50. Jahrestage der Befreiung ihrer Stadt.“ Der Gedenkstein wird von vier Löwen flankiert. Nach der Feier begaben sich die Festteilnehmer nach der österreichischen Kapelle auf den alten Militärfriedhof, wo unter Mitwirkung des Militärkapellchors eine Gedenkfeier stattfand. Dann begab sich der Zug nach dem Gedenkstein-Bellmann-Denkmal, um hier dem Dichter des Schleswig-Holstein-Liedes seine Guldigung darzubringen, die mit dem Vortrag eines Liedes durch die vereinigten Gesangsvereine ihren Abschluß fand. Um 3 Uhr fand das offizielle Festmahl statt.

* Das Erträgnis der Wehrsteuer. Nach der oberflächlichen Berechnung der bisher für die Wehrsteuer eingegangenen Einschätzungen stellten die Dezerenten der Berliner Steuerberatungskommission fest, daß mindestens vier Millionen Mark Steuern mehr eingeht werden, als nach der vorjährigen Veranlagung zur Staatseinkommensteuer zu erwarten war. Die Ergänzungsteuer ergibt vermutlich einen noch erheblichen höheren Betrag.

* Zum Wechsel in der reichsländischen Regierung. Ministerialdirektor von Traut, der stellvertretende Leiter des landwirtschaftlichen Ministeriums unter dem Staatssekretär Jörn von Bulach, hat sein Abschiedsgesuch eingereicht.

* Ausland.

Stockholm, 6. Febr. Ungefähr 30 000 schwedische Bauern vom höchsten Norden bis zur Provinz Schonen sind wie schon kurz gemeldet, in der Art einer patriotischen Wallfahrt eingetroffen, um dem König und den Ministerpräsidenten ihre Geneigtheit zur Übernahme der Lasten der Müstungsvermehrung auszusprechen und die sofortige Einleitung der entsprechenden Maßnahmen zu erbitten. In einer Aieenprozession, der die Banner der 24 Provinzen Schwedens vorausgetragen wurden, begaben sich die Bauern, nachdem sie den in verschiedenen Kirchen veranstalteten Gottesdiensten beigewohnt hatten, nach dem königlichen Schloß. Hier hielt der Führer des Zuges eine Ansprache an den König, in der er der Bedeutung dieser einzigartigen Kund-

gebung der Vaterlandsliebe und Loyalität gegen den König Worte verlieh. Der König antwortete mit Worten des Dankes. Auf die Worte des Königs wurde die Nationalhymne gesungen und stürmische Hurraufe ausgebracht. Dann zogen alle Bauern ins Schloß ein, wo sie in den Krümmern vor den Majestäten, die von den Prinzen und Prinzessinnen des königlichen Hauses umgeben waren, vorüberzogen. Der Zug dauerte Stunden. Eine Deputation der Bauern begab sich dann zum Ministerpräsidenten, um ihm von dem Besuch bei dem König und den dabei ausgesprochenen Wünschen Kenntnis zu geben. Für den Abend waren zahlreiche Feste in Aussicht genommen. Die Bevölkerung der Hauptstadt bereitete den landlichen Gästen den herzlichsten Empfang. Indessen kündigten die sozialdemokratische Partei und eine Anzahl radikaler Vereinigungen Gegenversammlungen in Stockholm und anderen Städten an, um gegen die Verneinung der Küstungsansagen, die sie als ebenso unnützlich bezeichnen wie die Verlängerung des Seeresdienstes, Protest einzulegen. Im königlichen Schloße findet abends ein Festmahl statt wozu 2800 vom Empfangskomitee ausgewählte Teilnehmer des großen Zuges geladen sind.

Stockholm, 6. Febr. Der Bauernzug machte einen großartigen, unergieblichen Eindruck. Die Rede des Königs wurde vom Kronprinzen und dem Herzog von Westgötland auch außerhalb des Schloßes den Bauern vorgelesen, die im inneren Hof keinen Platz gefunden hatten. Alle in Stockholm und der Umgebung stehenden Regimenten gewährten den Bauern in den Kasernen Quartier. Die Offizierskapitane der Kriegsschule von Karlsberg stellen den Bauern ihre Schlafräume zur Verfügung und lampieren selbst in Zelten. Im ganzen beteiligten sich 31.800 Bauern an dem Zuge. Über 40.000 Bauern, die nicht daran teilnehmen konnten, gaben ihre Zustimmung kund. Als wichtigste Stelle der in den an den König und den Ministerpräsidenten gerichteten Reden wird die Erklärung betrachtet, daß die Bauern bereit sind, die erforderlichen Opfer zu bringen, aber auch zu fordern, daß die ganze wichtige Verteidigungsfrage schon in diesem Jahre gelöst werde.

London, 6. Febr. Die Votschaffter der Dreieinmächte übermittelten heute abend dem auswärtigen Amt einzeln mündlich die Antworten ihrer Regierungen auf die letzte Note Sir Greys über Albanien und die Agäischen Inseln.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 7. Februar.

Ihre Kaiserliche Hoheit die Prinzessin Wilhelm verbrachte eine ziemlich gute Nacht, wodurch sich der Allgemeinzustand weiterhin etwas gehoben hat.

Seine königliche Hoheit der Großherzog hörte im Laufe des heutigen Tages die Vorträge des Geheimen Legationsrats Dr. Seyb, des Ministers Dr. Freiherrn von Bodman und des Geheimrats Dr. Freiherrn von Babo.

** Gestern abend hat bei dem Präsidenten des Staatsministeriums Staatsminister Dr. Freiherrn von Dusch und Frau von Dusch in den Empfangsräumen des Ministeriums ein Ballfest stattgefunden, zu dem gegen 300 Einladungen ergangen waren. Ihre königlichen Hoheiten der Großherzog und die Großherzogin beehrten das Fest durch Ihre Anwesenheit. In Begleitung der höchsten Herrschaften befanden sich Ihre Großherzoglichen Hoheiten Prinzessin Charlotte und Prinzessin Hilde von Luxemburg. Der Ball erfreute sich eines lebhaften Besuchs aus allen Kreisen der hiesigen Gesellschaft. Die höchsten Herrschaften verweilten bis zum Schluß des Festes. Die Prinzessinnen nahmen am Tanzen regen Anteil.

** Fortgang der Katastervermessung und der Aufstellung der Lagerbücher.

Im Jahre 1913 wurden für 5 Gemarkungen die Lagerbücher neu aufgestellt. Am 31. Dezember 1912 betrug die Gesamtzahl der Gemarkungen 2097; durch die Vereinigung der Gemarkungen Sandhofen mit Mannheim, Dill-Weissenstein mit Forstheim, Fuchstobel und Gehrenberg mit Urnau und Vestenheid mit Wertheim hat sich diese Zahl um 5 verringert. Von den hiernach auf 31. Dezember 1913 verbleibenden 2092 Gemarkungen des Großherzogtums ist das Lagerbuch nunmehr aufgestellt und an die Gemeinden abgegeben in 2070 Gemarkungen, angefangen, aber noch nicht abgegeben, in 3 Gemarkungen. Von den übrigen 19 Gemarkungen ist die Vermessung abgeschlossen in einer Gemarkung, noch im Gang in 16 Gemarkungen und noch nicht begonnen in 2 Gemarkungen, nämlich je in einer Gemarkung der Amtsbezirke Tauberbischofsheim und Wertheim, in denen zunächst noch Feldbereinigungen durchgeführt werden müssen.

** Da die Maul- und Klauenseuche in dem Kanton Schaffhausen nahezu erloschen ist, hat das Ministerium des Innern die mit Bekanntmachung vom 16. Oktober 1913 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 524) untersagte Einfuhr von frischem Fleisch, roher Milch, frischen Säuten und Klauen, von Dünger, von Heu, Stroh und anderen Futtermitteln aus diesem Kanton, sowie den kleinen Grenzverkehr mit Klauentieren wieder gestattet. Dagegen bleibt das mit Bekanntmachung vom 28. August 1913 (Gesetzes- und Verordnungsblatt Seite 489) erlassene Verbot der Ein- und Durchfuhr von Rindvieh und Ziegen aus der ganzen Schweiz auch weiterhin in Kraft.

Zur Nichtigkeit. Die „Badische Landeszeitung“ veröffentlicht in ihrer Nr. 59 vom 5. Januar einen Bericht über die Sitzung der Zweiten Kammer vom gleichen Tage. Dieser Bericht ist, soweit es sich um die Wiedergabe der Worte des Ministers des Innern handelt, unrichtig. In der „Bad. Landesztg.“ heißt es:

Minister v. Bodman erklärt, daß er sich im Irrtum befunden habe gegenüber dem, was er gegen den Abg. Rebmann gesagt habe, und bedauere das.

Hiernach müßte man annehmen, daß der Minister alles, was er in seiner Erwiderung auf die Ausführungen des Abg. Rebmann gesagt hat, als Irrtum bezeichnet habe. Dies trifft natürlich nicht zu. Nach dem Amtlichen (stenographischen) Bericht hat Herr von Bodman folgendes gesagt:

„Nur eine kurze persönliche Bemerkung. Zunächst weiß ich nicht, was der Herr Abg. Rebmann damit meint, daß er sagt, ich habe dem Schluß meiner Ausführungen eine persönliche Spitze gegen ihn gegeben, wenn er nicht etwa gerade das meint, was er am Anfang seiner Ausführungen erklärt hat, daß ich gesagt habe, er habe mir ein Zurückweichen vor dem Zentrum vorgeworfen.“

Was aber das Letzte betrifft, so liegt die Sache, wie ich mich schon überzeugt habe, folgendermaßen. Ich habe in der Tat am 3. Februar gesagt: „Der Herr Abg. Rebmann hat aber gesagt, daß ein Zurückweichen der Regierung vor dem Zentrum in der Art und Weise liege, wie sie ihre Denkschrift über die Verhältniswahl abgeschlossen habe.“ Nun hat der Herr Abg. Rebmann am 14. Januar gesagt, die Denkschrift über die Verhältniswahl sei mit offensichtlich großer Liebe zur Sache ausgearbeitet. Dazu paßt dann andererseits schließlich die Begründung der ablehnenden Haltung nicht ganz. Das ist etwas, was vielleicht noch weiter aufzuklären wäre.“ Danach hat er also nicht gesagt, daß ein Zurückweichen der Regierung vor dem Zentrum in der Art und Weise liege, wie sie ihre Denkschrift über die Verhältniswahl abgeschlossen habe. Er hat das nur angedeutet, wenigstens nehme ich an, daß es eine solche Andeutung war. Ich sehe hiernach nicht an, zu erklären, daß das, was ich am 3. Februar gesagt habe, unrichtig ist, daß ich mich im Irrtum befunden habe, und ich bedauere diesen Irrtum.“

** Am 6. Februar um 1 Uhr nachmittags ist der Personenzug 342 bei der Station Seddenheim liegen geblieben, weil an einem Triebwagen der Zuglokomotive eine Beschädigung eingetreten war. Die beschädigte Lokomotive mußte zunächst lauffähig hergestellt werden und konnte infolgedessen erst nach etwa 2 Stunden von dem Gleis Friedrichsfeld-Wannheim abgezogen werden. Inzwischen wurde auf der Strecke Friedrichsfeld-Wannheim einleitender Betrieb eingerichtet. Bei der dichten Zugfolge auf dieser Strecke war es unvermeidlich, daß infolge des eingleisigen Betriebs erhebliche Zugverspätungen eintraten. Einige Züge mußten ausfallen.

oc. Bruchsal, 6. Febr. In der gestrigen Stadtratssitzung stellte sich der neue Oberbürgermeister Dr. Meißner vor, wobei er betonte, er wolle kein Parteibürgermeister sein, sondern über den Parteien stehen. Dem Bürgerausschuß soll eine Vorlage über die Rabattgewährung auf Motorengas in dem Sinne zugehen, daß bei einem Gasverbrauch von 5000 cbm und darüber für die ersten 5000 cbm 10 Proz. und für das darüber hinausgehende Quantum weitere 20 Proz. gewährt werden.

Aus der Residenz.

R. Großherzogliches Hoftheater. In der gestrigen, von Hofkapellmeister Lorenz temperamentsvoll und sicher geleiteten Aufführung von Gounods „Margarete“, sang Fräulein Grete Finger vom Stadttheater in Außig als Gast „auf Engagement“ die Titelpartie. Die helle, klare, gut gesungene und an sich sehr ausgiebige, auch einen normalen Fortschritt gegenüber standhaltende Stimme der Künstlerin bedarf noch etwas der Festigung und einer wohl noch zu erzielenden Steigerung der Ausdrucksfähigkeit. Sehr sympathisch berührte das natürliche Auftreten der Sängerin und ihr seelenvolles Mienenpiel. Ein abschließendes Urteil wird erst das morgige zweite Auftreten des Gastes ermöglichen.

Großherzogliches Hoftheater. Die erste Aufführung der Offenbachschen Operette „Die schöne Helena“ ist auf Dienstag den 10. Februar angelegt. Wagners Todestag wird am Freitag den 13. Februar mit einer Aufführung von „Tristan und Isolde“ begangen. Sudermanns „Schmetterlingsblacht“, deren letzte Aufführung vor fünf Jahren stattgefunden hat, wird am Donnerstag den 12. Februar wieder aufgenommen. Im Schauspiel sind in Vorbereitung Schmidbons „Der verlorene Sohn“ (Erstaufführung) und „Biel Lärm um Nichts“ von Schafepare (Neueinstudierung). In der Oper ist mit dem Studium der im März zur Aufführung gelangenden Oper „Das Ungeheuer“ von Beer-Walbrunn begonnen worden.

R. Konzert Schüller-Maurer. Vor einem wenig zahlreichen Publikum ließ sich vorgehern im Eintrachtssaal der russische Geiger Alexander Schüller hören, der jüngst schon im Verein mit der Meininger Hofkapelle unter Mejer durch seine großzügige Wiedergabe des Mendelssohnschen Violinonzerts so laute Beifallsstürme entfesselt hatte. Der Künstler zwang auch diesmal wieder durch die Schönheit u. Plastik seines Vortrags sowie durch die außerordentliche Reife seiner Technik zur Bewunderung. Sein Spiel stellt eine glückliche Vereinigung äußerlicher Vollendung und innerlicher musikalischer Vorzüge dar und prädestiniert den Künstler geradezu zum Interpreten Bachscher und Beethovenischer Kompositionen. Weniger vermochte uns der Partner des Künstlers, Herr Maurer, zu gefallen, dessen Vortrag von Beethovens „As-dur-Sonate op. 26“ weder Beethovenischen Geist noch eigenes musikalisches Empfinden verriet. Es war — mit Ausnahme vielleicht der Variationen u. des Trauermarsches, die dafür umso farbloser klangen — ein auch technisch nicht einwandfreies Dahinsagen, ein unartikulierter Wettkampf zwischen beiden Händen, aus dem nur noch einzelne wichtige Forzats, aber keine melodischen Phrasen mehr herausstraten. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Pianist sich über den thematischen Aufbau des formidablen und gedankentiefen Werkes niemals den Kopf zergrübelt hat. Die erste Forderung aber, die an den Künstler gestellt werden muß, ist die, daß er sich selber über das Kunstwerk klar sei, das seine Hand zu tönendem Leben erwecken soll.

* Kolosseum. Das Gastspiel der Exl-Bühne im Kolosseum erfreut sich auch weiterhin mit Recht der vollen

Gunst des Publikums. Dank der ausgezeichneten Charakterisierungslust der Mitglieder der Truppe gewähren die Aufführungen auch dem verwehnten Besucher Genuß und Anregung.

Neueste Nachrichten und Telegramme

Berlin, 7. Febr. Deutscher Reichstag. Am Bundesrätschlich ist Staatssekretär Dr. Delbrück erschienen. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um halb 1 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichsamt des Innern. Die Beratung beginnt mit dem Kapitel: Ausführung des Kaligesezes. Die Kommission hat sich bei Beratung des Kapitels größere Beschränkung auferlegt, da demnächst eine Novelle zum Kaligesez vorgelegt werden soll. Insbesondere hat die Kommission folgende Änderungen an der Regierungsvorlage angenommen. Der Reichszuschuß für Propaganda im Ausland soll um 200.000 Mark, also auf zwei Millionen erhöht werden, zur Förderung des feldmäßigen Gemüsebaus um 900.000 M. und die Kosten für Untersuchung um 50.000 Mark. Ferner hat die Kommission einen Titel eingefügt für Ausstellung und Propagandazwecke in St. Franzisko in Höhe von 500.000 Mark. Da diese letztere Forderung infolge der Nichtbeteiligung Deutschlands an der Weltausstellung in St. Franzisko hinfällig geworden ist, so beantragen v. Gräfe-Güstrow (konf.), Erzberger (Zentrum) und Dr. Barwinkel (natl.) diesen Titel zu streichen und die Summe von 500.000 Mark mit zu verwenden für Propagandazwecke im Ausland, so daß dieser Titel auf 1.400.000 Mark erhöht werden soll.

Berlin, 7. Febr. Die Budgetkommission genehmigte heute mit großer Mehrheit die Stelle eines Marineattachés in Buenos-Aires, die der Reichstag im vorigen Jahr abgelehnt hatte.

Strasbourg, 7. Febr. Staatssekretär Graf von Nöderer wird der nächsten Sitzung der Zweiten Kammer, des Landtags am kommenden Dienstag beiwohnen, und wird bei den zur Beratung stehenden Vorlagen Gelegenheit finden, das Wort zu ergreifen.

Zabern, 7. Febr. Leutnant von Forstner wollte heute vorübergehend in der Stadt verweilen um die durch seinen Wegzug nach Bromberg veranlaßten An gelegenheiten zu ordnen. Als er gegen Mittag, gerade um die Zeit, als die Geschäfte und Fabriken schließen, die Hohbarrstraße, begleitet von zwei Kameraden, passierte, schloß sich sofort ein Haufen von 50 Kindern an, aus deren Mitte wohl auch Rufe gehört wurden. Gendarmerie war alsbald zur Stelle und verhinderte Ausschreitungen.

Verschiedenes.

Von der Luftschiffahrt.

Friedrichshafen, 7. Febr. Das neue Militärluftschiff „Z 7“ ist heute früh 4.20 Uhr unter Führung des Betriebsdirektors Dürr und mit der Abnahmekommission an Bord zur Überführung nach Dresden aufgestiegen, wo von der dortigen Halle aus die weiteren Abnahmefahrten erfolgen sollen. Um 5.40 Uhr hat das Luftschiff 11 m passiert und ist in nordwestlicher Richtung weiter geflogen.

Potsdam, 7. Febr. Das neue Luftschiff „Z 7“, welches heute früh 4.20 Uhr in Friedrichshafen unter Führung des Betriebsdirektors Dürr mit der Abnahmekommission an Bord zur Überführung nach Potsdam (nicht nach Dresden) aufstieg, ist kurz vor 12½ Uhr hier gelandet und sofort in die Halle gebracht worden.

Familiennachrichten.

Geburten. Ein Knabe: B.: Anton Gilsch, Wälder. — B.: Sch. Wolter, Kutscher. — B.: Eduard Sittiger, Straßenbahnschaffner. — Ein Mädchen: B.: Karl Finkelstein, Fabrikant. — B.: Fridolin Neu, Hilfsweichenwärter. — B.: Emil Buch, Steinhauer. — B.: Wladimir Graf zu Münster-Redenburg, Freiherr von Grothaus, Leutnant.

Geschicklungen. Robert Kopp von Wergentheim, Maschinen- techniker, mit Helene Himmelsbach von hier. — Viktor Freizoni von Bergamo, Gutsbesitzer alda, mit Marie Nfel von hier.

Todesfälle. Luise, B.: Gottlieb Klenz, Metzgerhelfer. — Frz. Weber, Kuchschere, Wittwer.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Erschlaffte Nerven werden aufgefrischt

durch den täglichen Genuß des ebenso leichtbekömmlichen wie nährstoffreichen, altbewährten

Kasseler Hafer-Kakao

Tausendfach ärztlich empfohlen. (Nur echt in blauen Kartons für 1 Mark, — niemals losel)

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstraße Wandbilderschmuck

: Inh. W. Berisch : Bildereinrahmungen

En gros. :: Julius Strauß, Karlsruhe. :: En détail.

Ball und Karneval Sämtliche Zutaten zur Anfertigung für Ball- und Karneval-Kostüme in größter Auswahl und billigsten Preisen.

Spezialität: Landestrachten. Komplette Tyroler-Kostüme für Damen, Herren und Kinder.

Koche mit Knorr

Montag: Knorr-Weibertrübsuppe
Dienstag: " Rumfordsuppe
Mittwoch: Knorr-Eiersternchenuppe
Donnerstag: " Tapiokasuppe
Freitag: Knorr-Geflügeluppe
Sonnabend: " Tomatensuppe
Sonntag: Knorr-Bilsuppe

48 Sorten Knorr-Suppen.
1 Würfel 3 Zeller 10 Pfennig.

Kassenschranke

in jeder Bauart und für jeden Zweck

Alfred Moch, Mannheim

Lieferant der Deutschen Reichsbank, Rhein.
Creditbank, Südd. Disconto-Ges. etc. etc.

Unser Wechseldiskont beträgt . . . 4%
 unser Lombardzinsfuß 5%
 Mannheim, den 5. Februar 1914.
Badische Bank.

Atelier Max Peter Karlsruhe
 Wiener Damenschneider
Beste Maßarbeit: Großes Stofflager
 Echt englische Reitkleider und Kostüme
 Englische Ulster und Mäntel (Raglan) F847

Ziehung garantiert am 18. Februar 1914
Karlsruher

Geld-Lotterie

2565 Geldgewinne in bar ohne Abzug Mark.

28000
Möglicher Höchstgewinn

15000
1 Prämie

10000

5000

Lose à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk., Porto u. Liste 25 Pl. extra empfiehlt

Carl Götz, Lotteriebanc, Karlsruhe, Hebelstr. 11/15

Basel Hotel Basler Hof Clarastr. 33, zun. d. bad. Bahnh. Schöne Zimm. m. gut. Bett. v. Fr. 1.50 bis 3.—. Elektr. Licht. Zentralheiz. Bäder. Best. empfohl. Münchener Bierstube, Guten Mittagstisch zu Fr. 1.50 und 2.—.

Lugano Pension Henrietta, Via Gereta 3. Bes. A. Peters. Deutsche Familienpens. m. Gart. u. schön. Auss. Zentralhgz. Elekt. Licht. Bad. Empf. v. Deusch. Offizierverein. Pens. v. Frs. 6.50 an.

ROM Hotel Quirinal
 Weltbekanntes, vornehmes Haus an der berühmten Via Nazionale gelegen. Ruhige Zimmer nach dem Hotelgarten in voller Südpont. Modernster Komfort. 70 Badezimmer. Reduzierte Pensionspreise bis Februar. Besitzer: **Bucher-Durrer**

Anerkannt vorzügliche Qualitäten **MIGNON-KAKAO** **DAVID SÖHNE A.G.**
SCHOKOLADE HALLE a.S.



Man verlange Musterbuch Nr. 24.

Gebrüder Roeder

Gegründet 1866. Silb. Staatsmedaille. Darmstadt. Gegründet 1866. 40 erste Preise.

Dampfkoch-Anlagen. Dampf-Wasserbad-Kochanlagen.

Kochherde für Großküchen mit Kohlen- und Gasheizung.

Ausgeführte Anlagen: Provinzial-Heil- u. Pflegeanstalt Bedburg-Cleve (für 2500 Personen, größte Anstalt Deutschlands), Städt. Krankenhaus Ulm (für 500 Personen), Städt. Krankenhaus Offenbach (für 800 Personen), Städt. Krankenhaus Darmstadt (für 800 Personen), Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Brieg, Heil- u. Pflegeanstalt Ansbach, Krankenhaus Erfurt, Lehrerseminar Lehr, Lehrerseminar Bensheim, Garnison-Lazarett Hanau und viele andere.

Ich habe mich in **Baden-Baden** als
Rechtsanwalt
 mit Zulassung bei dem **Großh. Amtsgericht Baden, Landgericht Karlsruhe** und der **Kammer für Handelssachen in Pforzheim** niedergelassen.
 Mein Bureau befindet sich
Lichtentalerstrasse Nr. 3, Telephon Nr. 1140.
Dr. Paul Kahn, Rechtsanwalt.
 G.171

Verein Volksbildung (G. V.)
 Wir laden hierdurch unsere verehrl. Mitglieder zu der am **10. Februar, abends 9 1/2 Uhr** im **großen Saal für Elektrotechnik** (Techn. Hochschule) stattfindende
Generalversammlung
 ergebenst ein.
 Tagesordnung:
 Bericht über das abgelaufene Vereinsjahr;
 Ablegung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes;
 Vorlage des Voranschlags für 1914;
 Verschiedenes. G.198

Badische Bank.
Vierundvierzigste ordentliche Generalversammlung.
 In Gemäßheit des Art. 35 der Statuten werden die nach Art. 36 stimmberechtigten Aktionäre der Badischen Bank zur
44. ordentlichen Generalversammlung
 eingeladen, welche
Montag, 9. März d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr,
 im **Banksaal** hier stattfinden wird.
 Tagesordnung:
 1. Bericht des Aufsichtsrats über die von ihm geprüfte Jahresrechnung und Vortrag des Berichts der Revisionskommission.
 2. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 3. Beschlusfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverteilung für das Geschäftsjahr 1913, sowie über die Entlastung des Aufsichtsrats und Vorstandes.
 4. Beschlusfassung über Statutenänderung.
 Der Artikel 49, Absatz 1, lautet:
 „Die Zeichnung erfolgt in der Weise, daß entweder zwei Vorstandsmitglieder, oder ein Vorstandsmitglied mit einem Prokuristen die Firma zeichnen.“
 Zu Willenserklärungen, insbesondere zur Zeichnung für die Gesellschaft ist die Mitwirkung zweier Vorstandsmitglieder oder eines Vorstandsmitgliedes und eines Prokuristen oder zweier Prokuristen erforderlich.
 Zur Erteilung von Handlungsvollmachten durch den Vorstand gemäß § 64 HGB, die sich auf Unterzeichnung von Briefen, von Quittungen und Zeichnung von Wechseln beziehen, ist die Genehmigung des Aufsichtsrats erforderlich.
 5. Wahlen zum Aufsichtsrat.
 Bezüglich der Teilnahme an der Generalversammlung wird auf Art. 36 letzter Absatz der Statuten verwiesen und bemerkt, daß seitens der Aktionäre der Ausweis über ihren Aktienbesitz durch Vorzeigung der Aktien und Überreichung eines Nummernverzeichnis an den Kassen der Bank in Mannheim und Karlsruhe oder durch Hinterlegung der Aktien bei der Direction der Disconto-Gesellschaft, Frankfurt a. M., oder bei dem Bankhause G. Labenburg, Frankfurt a. M., oder bei einem Notar bis zur vorgeschriebenen Frist zu geschehen hat.
 Die Formulare der Verzeichnisse werden in Mannheim und Karlsruhe an den Kassen der Bank, in Frankfurt a. M. bei den genannten Hinterlegungsstellen ausgegeben.
Mannheim, den 6. Februar 1914.
Der Vorstand:
 Wagenmann. Böder.

Technikum Mittweida
 Direktor: Professor Holst
 Höheres techn. Institut. Elektro- u. Maschinentechnik, Sonderabtl. für Ingenieure, Techn., Werkmeister. Elektr. u. Masch.-Laborat. Lehrfabrik - Werkstätten. Alteste und beste Anstalt. Altes Programm etc. Anstalt. grst. v. Sekret.

Teppiche!
 Reinigen durch mech. Klopfwerk od. Saugluft. Aufbewahren derselben, sowie Möbeln u. Belzen unt. Garantie gegen Feuer- und Wasserschaden. Reparatur billigt
E. Telgmann Nachf.,
 Karlsruhe, Adlerstr. 4, Tel. 2244.

Kohlensäure Bäder
 aus natürlicher Kohlensäure ohne Essenzen hergestellt. Mit bestem Erfolg angewendet bei Nervenkrankheiten, Neuralgien, Frauenkrankheiten, Magen- und Unterleibsleiden, Herzaffektionen etc. Vollkommene Gebundenheit der Kohlensäure mit dem Badewasser, kein Geruch, vorzügliche Wirkung.
Friedrichsbad
 Kaiserstrasse 136 Tel. 1013

Soeben erschien meine neue Preisliste über **Zupfgeigen und Lauten**
 Versand kostenfrei an Liebhaber!
Musikhaus Ruckmich
 Großh. Bad. Hoflieferant
Freiburg i. B. 44

Bürgerliche Rechtspräge.
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.
 L. 477. Heidelberg. Der Landwirt Karl Schmitt in Altenbach hat das Aufgebotsverfahren zum Zwecke der Ausschließung der a) Georg Schäfer Witwe in Altenbach und b) Adam Göhr, Landwirt und dessen Ehefrau Christine geb. Breitsch bezw. deren Rechtsnachfolger als Gläubiger der im Grundbuch in Altenbach Band 2 Heft 28 unter L. 3. 2 eingetragenen Sicherungshypothek, laßend auf den dem Gesamgut der ehelichen Gütergemeinschaft zwischen Karl Schmitt, Landwirt u. seiner Ehefrau Margaretha geb. Höhr in Altenbach gehörenden Grundstücken Lagerbuch-Nr. 167, 196, 215, 284, 305, 314, 322, 337, 379, 384, 389, 399, 432, 486, 602, 707, 719, 732, 746, 659 und 794 der Gemarlung Altenbach, im Betrage von a) 192 fl. 57 kr. und b) 100 fl. beantragt. Die genannten Gläubiger bezw. deren Rechtsnachfolger werden daher aufgefordert, ihre Rechte spätestens in dem auf Dienstag, 31. März 1914, vormittags 9 Uhr, Zimmer 27, vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotsstermine bei diesem Gerichte anzumelden, widrigenfalls die Ausschließung der Gläubiger bezw. deren Rechtsnachfolger mit ihrem Rechte erfolgen wird.
 Heidelberg, 6. Februar 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts II.

Strafrechtspräge.
 O. 443.2. Lörrach. Der am 16. Januar 1886 in Eggingen, Amt Lörrach, geborene, zuletzt in Lörrach wohnhafte Kaufmann Gustav Adolf Frieß, 3. Jt. in Amerika, wird auf Anordnung des Gr. Amtsgerichts zur Hauptverhandlung über die gegen ihn erhobene Anklage als beurlaubter Reversist ohne Erlaubnis auszuwandern zu sein. — Aburteilung gegen § 360 Ziffer 3 R. G. B. — auf
 Mittwoch, den 8. April 1914, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht Lörrach mit der Warnung geladen, daß im Falle seines unentschuldigsten Ausbleibens zur Hauptverhandlung werde geschritten werden und er auf Grund der in § 472 R. G. B. bezeichneten Erklärung des Agl. Bezirkskommandos Lörrach werde verurteilt werden.
 Lörrach, 26. Januar 1914.
 Der Gerichtsschreiber Großh. Amtsgerichts Abt. III.

Verstetene Bekanntmachungen.
 Bei der Heil- und Pflegeanstalt Emmendingen ist eine **Kanzlei-Gehilfenstelle** mit einem jüngeren Aktuar zu besetzen. Bewerbungen an die Anstaltsdirektion. O. 438.2

Bekanntmachung.
 Der Laubstammholzverkauf der Forstämter Ikenheim, Korf, Neudorf und Rheinbühlensheim. Donnerstag den 12. und Freitag den 13. Febr. wird nicht im Bürgeraal, sondern in der Michelhalle, Glasstraße 1 in Offenburg abgehalten. O. 467.2.1

**Holzverkaufung des Gr. Forstamts Graben in Buchs, Freitag den 13. Februar d. J., früh 9 Uhr, im Ritter in Büchsen aus Domänenwald III Wiedenauerhardt Abteilungen 1 bis mit 11 und 14 bis mit 18; 9 fästene Derbstangen, 23 länd. Reistangen; 10 Ster hainbüchene Rubrollen (1,5 m lg.), 1 Ster eichene Rubrollen (2,5 m lg.), 1 Ster eich. Nupfsteiter (1,25 m lg.), 7 Ster eich. Rubrollen (1,5 m lg.), 14 Ster eich. Rubrollen (2,00 m lg.); 98 Ster büchene, 9 Ster eichene, 289 Ster gemischte, 107 Ster forlone Scheiter und Kollen, 23 Ster büchene, 185 Ster gemischte, 66 Ster forlone Brühl, 80 Ster Reispfähl.
 Die Forstwärter Geißler und Weiß, beide in Büchsenau, zeigen das Holz vor. O. 466**

Kupferdraht ca. 1000 kg von der Verlegung der Altaltbahn herrührend, nach Ministerialverordnung vom 3. Januar 1907 zu verkaufen. Angebote, Vorbrude hierzu von unserer Kanzlei Baumwieserstraße Nr. 1 erhältlich, sind verschlossen und postfrei mit Aufschrift Verkauf von Altmaterialien, bis längstens Freitag den 20. Februar d. J., vormittags 10 Uhr, bei uns einzureichen. O. 465.2.1
 Karlsruhe, 6. Febr. 1914.
 Gr. Bahnbauinspektion II.

Gütertarif Badische Staatsbahnen-Bad. Nebenbahnen.
 Ab 10. Februar 1914 wird im Ausnahmetarif 5b ein ermäßigter Frachttarif von 13 Pf. für 100 kg für Gefäßstücke von Randern nach Wiesbaden bei Basel eingeführt.
 Karlsruhe, 5. Februar 1914.
 Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.